

Das Leitbild und die Leitlinien wurden vom Sprecherrat des „Bundesweiten Ratschlags Kulturelle Vielfalt“ im September 2014, in Bonn verabschiedet.

Die Mitglieder des Sprecherrats des „Bundesweiten Ratschlags Kulturelle Vielfalt:“

- Rolf Graser, Forum der Kulturen Stuttgart e.V.
- Tina Jerman, EXILE-Kulturkoordination e.V. Essen
- Dr. Dorothea Kolland, Kulturpolitische Gesellschaft e.V. (Vorstand)
- Franz Kröger, Kulturpolitische Gesellschaft e.V. (Geschäftsstelle)
- Jürgen Markwirth, Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg
- Dr. Rüdiger Sareika, Kulturbeauftragter der Ev. Kirche von Westfalen i.R.
- Sabine Schirra, Kulturstadt der Stadt Mannheim
- Gabriela Schmitt, Düsseldorfer Institut für soziale Dialoge
- Anja Turner, Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
(Stand: Oktober 2014)

Impulse zur kulturellen Vielfalt

Leitlinien des Bundesweiten Ratschlags Kulturelle Vielfalt

Kulturelle Vielfalt erfordert eine Politik der Diversität

Kontakt:

Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt
c/o Kulturpolitische Gesellschaft | Franz Kröger
Weberstr. 59a | 53113 Bonn
Tel. 0228/201 67-28
kroeger@kupoge.de
www.bundesfachkongress-interkultur.de

Der „Bundesweite Ratschlag
Kulturelle Vielfalt“
ist Initiator und
Mitorganisator der
Bundesfachkongresse
Interkultur

5. BUNDESFACHKONGRESS

inter | kultur

MANNHEIM, 6. – 8. 10. 2014

HEIMATEN BEWEGEN

In Deutschland vollziehen sich – bedingt durch Globalisierung und Migration – tiefgreifende Prozesse, die unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Der „Bundesweite Ratschlag Kulturelle Vielfalt“, ein Bündnis interkulturell aktiver Initiativen und Institutionen, verfolgt das Ziel, diesen Wandel öffentlich und kritisch zu begleiten und dessen Chancen und Potenziale zu verdeutlichen. Der Ratschlag betrachtet Einwanderung, Internationalität und Pluralität als positiven Motor für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft.

Auch die „UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen“, die Enquête-Kommission des Bundestages zu „Kultur in Deutschland“, der Nationale Integrationsplan und der Europa-Rat fordern: Öffentliche Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Akteure müssen der kulturellen Vielfalt Rechnung tragen und im Rahmen ihres Gesamtangebotes dauerhaft entsprechende Programme bereitstellen und Zugänge für eine vielfältige Bevölkerung ermöglichen.

Der Ratschlag bezieht sich maßgeblich auf diesen Rahmen und richtet sein Hauptaugenmerk auf die interkulturelle Öffnung in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft, Stadtentwicklung, Entwicklungszusammenarbeit und interreligiöser Dialog. Hier werden, auch international, Konzepte, Strategien und Modelle recherchiert und diskutiert, die eine transparente gesellschaftliche Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen befördern. Mit öffentlichen Diskursen, Modellen und Handlungsempfehlungen trägt der Ratschlag dazu bei, Impulse für eine interkulturelle Ausrichtung der kommunalen Praxis zu geben, die dem Zusammenhalt, einer nachhaltigen Entwicklung und der kulturellen Vielfalt unserer Gesellschaft gerecht werden.

Mit dem seit 2006 alle zwei Jahre stattfindenden Bundesfachkongress Interkultur bietet der Ratschlag ein Forum zur Diskussion und Entwicklung zukunftsfähiger Antworten auf die durch Migration und Globalisierung bedingten gesellschaftlichen Herausforderungen: eine Denkwerkstatt für Akteure u.a. in Kultureinrichtungen, Kulturpolitik, Medien, unterschiedlichen Weltanschauungen, internationaler Entwicklungszusammenarbeit, Bildungsinstitutionen und in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit.

Auf der Grundlage der Stuttgarter Impulse zur Kulturellen Vielfalt als Ergebnis des ersten Bundesfachkongresses Interkultur von 2006 sowie der Diskussionen der weiteren Ratschlagstreffen und Kongresse hat der Sprecherrat des „Bundesweiten Ratschlags Kulturelle Vielfalt“ folgende Leitlinien verabschiedet:

1. Kulturelle Vielfalt als gesellschaftliche Normalität anerkennen

Unterschiedlichste Migrationserfahrungen, dynamische, hybride Kulturen, Religionen, Lebenswelten und Lebensentwürfe bestimmen längst den Alltag im Einwanderungsland Deutschland. Begrifflichkeiten wie Mehrheit oder Minderheit verlieren an Aussagekraft. Kulturelle Vielfalt ist in Deutschland Realität, aber noch nicht Normalität.

Der Paradigmenwechsel hin zu einer Gesellschaft der Diversität ist ein Prozess, der nicht nur in Bezug auf Städte und ländliche Regionen ungleichzeitig und widersprüchlich verläuft. Dabei wird er von sozialen und ökonomischen Faktoren, globalen Entwicklungen und regionalen Ungleichgewichten beeinflusst. Vielfalt muss deshalb auch differenziert gedacht werden.

2. Diversitätspolitik an Potentialen und Chancen orientieren

Anstelle einer, meist an Defiziten orientierten Integrationspolitik bedarf es einer von einem breiten zivilgesellschaftlichen und antirassistischen Engagement getragenen Diversitätspolitik auf der Grundlage von Chancengleichheit, sozialem Ausgleich, gleichberechtigter Teilhabe sowie uneingeschränkter Mobilität.

Orientierungspunkt einer jeden Diversitätspolitik sollen dabei die Potenziale und Chancen sein, die Migration in ihren vielfältigen Ausprägungen und Auswirkungen eröffnet. Deshalb steht im Zentrum des Interesses nicht in erster Linie die Frage der Herkunft eines Menschen, sondern das Individuum mit seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten.

3. Rassismus und Vorurteilen entgegenzutreten

Während kulturelle Diversität von Vielen als Bereicherung wahrgenommen wird, definiert ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung das „Deutschsein“ immer noch ausschließlich ethnisch und reagiert auf den scheinbaren Verlust „seiner Identität“ mit Mitteln der Ignoranz und Ausgrenzung, nicht zuletzt auch durch latenten oder offenen Rassismus und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit.

4. „Migrationshintergrund“ nicht als Defizit begreifen

Im Gegensatz zur dynamischen und vielfältigen Entwicklung der Biographien von Eingewanderten und ihren Nachfahren wird mit dem statischen Begriff des „Migrationshintergrundes“ oftmals ein defizitärer und häufig stigmatisierender Status verbunden, der „Integrationsbedarf“ nach sich zieht. Dem ist ein Verständnis entgegenzusetzen, das die mit dem persönlichen Migrationshintergrund verbundenen positiven Kenntnisse und Erfahrungen in den Vordergrund stellt.

5. Ein dynamisches Identitätsverständnis etablieren

Nicht das Nebeneinander von Identitäten ist das Problem, sondern die Reduzierung von Identität auf eine ethnische, nationale oder religiöse Zugehörigkeit, oftmals verbunden mit einer entsprechenden Überlegenheitshaltung gegenüber anderen. Dem dominanten Imperativ des Entweder-Oder muss eine kulturell vielfältige Gesellschaft ein erkennbares Sowohl-als-Auch entgegensetzen mit der Perspektive einer Nationen übergreifenden, nicht nur europäischen, sondern internationalen Solidargemeinschaft.

6. Eine umfassende interkulturelle Öffnung durchsetzen

Erforderlich ist eine Diversitätspolitik, die im Sinne einer umfassenden interkulturellen Öffnung aller Angebotsfelder für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, Bedarfe und Befindlichkeiten auch unterschiedliche Konzepte und Maßnahmen entwickelt. Dies bedarf nicht nur der aktiven Förderung und Interventionen durch Bund, Länder und Kommunen, sondern vor allem auch einer selbstbewusst agierenden Zivilgesellschaft.

7. Der Ethnisierung von Problemen sozialpolitisch entgegenwirken

Diversitätspolitik beinhaltet stets auch die soziale Frage, die Bekämpfung von Ungleichheit und struktureller Diskriminierung. Wird bei einer Problemanalyse der soziale Kontext ausgeblendet, besteht die Gefahr einer Ethnisierung ihrer Ursachen. Dies behindert nicht nur kontextorientierte Problemlösungen, sondern befördert auch unmittelbar Ausgrenzung und Rassismus.

8. Mit umfassender Diversitätspolitik für Chancengleichheit sorgen

Neben einer Willkommenskultur, die Menschen nicht allein nach ihrer Nützlichkeit beurteilt, ist eine umfassende mit dem Anspruch der Chancengleichheit verbundene Diversitätspolitik notwendig. Diese basiert auf wechselseitiger Anerkennung und rechtlicher Gleichbehandlung, akzeptiert Differenzen und verhandelt Widersprüche und Unterschiede.

9. Kernkompetenzen für eine kulturell vielfältige Gesellschaft vermitteln

Diversitätspolitik muss einen kritischen gesellschafts- und bildungspolitischen Diskurs befördern, der über Zusammenhänge gesellschaftlicher Entwicklungen reflektiert und Offenheit gegenüber Neuem, die Fähigkeit zum Perspektivwechsel, zu einer Kultur der kritischen Auseinandersetzung propagiert. Gelernt und eingeübt werden müssen eine interkulturelle Kompetenz, der Umgang mit Unsicherheiten und Mehrdeutigkeiten und das Erkennen und Infragestellen von Machtverhältnissen.

10. Mit neuer Geschichtskultur Grundlagen für gemeinsame Zukunftsvisionen schaffen

Als Grundlage eines neuen gemeinsamen Selbstverständnisses in einer vielfältigen Gesellschaft ist eine multiperspektivische Erinnerungs- und Geschichtskultur notwendig, mit der sich alle Menschen, die hier leben, identifizieren und in der sie sich wiederfinden können. Gleichzeitig gilt es neue gemeinsame Bilder und Visionen für die gesellschaftliche Zukunft zu entwickeln und zu kommunizieren.

11. Kunst, Kultur und kulturelle Bildung als Motor gesellschaftlichen Wandels fördern

Kunst, Kultur und kulturelle Bildung können nicht der alleinige Motor gesellschaftlichen Wandels sein, spielen aber eine wichtige Rolle beim Wahrnehmen ebenso wie beim produktiven Gestalten kultureller Vielfalt, beim antirassistischen Engagement ebenso wie beim Aushandeln von Differenzen und Widersprüchlichkeiten, bei der Entwicklung neuer Narrative ebenso wie beim Einüben von Perspektivwechseln. Sie müssen deshalb von Bund, Ländern und Kommunen auch im besonderen Maße gefördert werden.

Verabschiedet vom Sprecherrat des Bundesweiten Ratschlags Kulturelle Vielfalt im September 2014, Bonn.